Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/2345

25. 03. 92

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Sofortige Einstellung der wirtschaftlichen, militärischen und polizeilichen Hilfen für die Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort jegliche wirtschaftliche, militärische und polizeiliche Unterstützung für die türkische Regierung einzustellen.

Bonn, den 25. März 1992

Ulla Jelpke
Dr. Gregor Gysi und Gruppe

Begründung

Die Mitglieder einer Delegation von Politikerinnen und Politikern und Journalistinnen und Journalisten, von amnesty international sowie medico, die sich vom 18. bis 25. März 1992 in Kurdistan aufhielten, mußten feststellen, daß das türkische Militär und die Sondereinheiten der Polizei bei ihrer Großoffensive gegen das kurdische Volk Waffen aus ehemaligen NVA-Beständen einsetzten. Die Bundesregierung trägt durch die von ihr veranlaßten umfangreichen kostenlosen Waffen- und Materiallieferungen an das türkische Militär eine Mitverantwortung an dem Vernichtungsfeldzug gegen die Kurdinnen und Kurden. Die Bundesregierung hatte Anfang des Jahres erklärt, daß die Waffenlieferungen an die türkische Regierung bis voraussichtlich Ende 1992 fortgesetzt werden sollen (Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs Willy Wimmer am 15. Januar 1992, Fragestunde des Deutschen Bundestages).

Die Bundesregierung muß ihre „jahrelange und auch vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unserem Bündnispartner Türkei" (Parlamentarischer Staatssekretär Willy Wimmer, 15. Januar 1992) sofort einstellen, will sie sich nicht der fortgesetzten Unterstützung des blutigen Staatsterrors des türkischen Regimes gegen das kurdische Volk schuldig machen.

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333